

«Ich mache mir Sorgen, wie meine Kinder das stemmen sollen»

Zukunftsthemen Thomas Lorenz stellt sich die Frage, wie zum Beispiel die Alterspflege in Zukunft finanziert werden soll. Der Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li spricht über die Erkenntnisse aus vier Jahren wissenschaftlicher Arbeit über die grossen Zukunftsfragen in Liechtenstein.

MIT THOMAS LORENZ
SPRACH DOROTHEA ALBER

Herr Lorenz, «Wirtschaft regional» führte im Jahr 2015 bereits ein Interview mit Ihnen, als Sie gerade einmal fünf Monate Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li waren. Hat Sie diese Arbeit verändert bzw. sind Sie heute ein anderer?

Thomas Lorenz: Wir befassen uns entsprechend unserer Statuten mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragestellungen, die wir für die Zukunft unseres Landes als wichtig erachten. Sich in einer solchen Tiefe mit unterschiedlichen Themen wie Zuwanderung, Finanzierung der Alterspflege oder dem Finanzausgleich zu beschäftigen, hat meinen Blickwinkel auf einzelne Aspekte schon verändert. Wir haben zum Beispiel die Entwicklung der Kosten in der Alterspflege untersucht. Der starke Zuwachs an älteren Menschen ist absehbar und weil ich selbst zur Babyboomer-Generation gehöre, mache ich mir schon Sorgen und stelle mir die Frage, wie das meine Kinder in Zukunft stemmen sollen.

Die Kosten der Alterspflege werden also explodieren. Wie sieht die Lösung der Stiftung Zukunft.li dafür aus?

Wir haben das heutige System dahingehend analysiert, wie viele Personen heute Pflege- und Betreuungsdienstleistungen in Anspruch nehmen und welche Kosten dadurch entstehen. Wenn das Finanzierungssystem nicht geändert wird, führt die demografische Entwicklung zu einer hohen Belastung der nachfolgenden Generationen. Wir stellen daher den Ansatz des vererb-



ren Pflegekapitals von Avenir Suisse zur Diskussion und haben diesen auf Liechtenstein adaptiert. Jeder sollte ab einem gewissen Alter für die Pflege und Betreuung obligatorisch sparen, damit zumindest ein Teil der Kosten gedeckt ist und nicht alles von der Allgemeinheit finanziert werden muss.

Was ist mit jenen, die sich eine solche Säule gar nicht leisten können?

Uns ist durchaus bewusst, dass nicht jede und jeder beispielsweise 100 Franken pro Monat zusätzlich finanzieren kann. Wir haben uns daher nicht auf einen konkreten Betrag festgelegt und es muss in der politischen Diskussion definiert werden, bei welcher Einkommensgrenze das System greift. Die Alternativen sind beispielsweise eine stark steigende Steuerlast in Zukunft oder deutlich tiefere Qualität bei der Pflege und Betreuung.

Beides kann nicht im Interesse der Bevölkerung sein. Es gibt auch andere Denksätze. Wichtig ist, dass wir uns des Themas annehmen. Viel Zeit für konkrete Massnahmen bleibt nicht.

Stossen Sie bei der Politik mit solchen Vorschlägen auf taube Ohren? Immerhin ginge es um unbeliebte Reformen...

Gerade in diesem Fall habe ich mich über die Reaktionen sehr gefreut. Wir haben den Landtagsabgeordneten das Thema 2016 vorgestellt, und es wurde kurz danach ein parteiübergreifendes Postulat mit Fragen zur Pflegefinanzierung an die Regierung überwiesen. Wir sind gespannt auf die Beantwortung.

Dass die Bevölkerung immer älter wird, trifft auch den Arbeitsmarkt. Auch damit hat sich die Stiftung beschäftigt.

«Es wäre interessant, den Ursachen der niedrigen Erwerbstätigenquote von Frauen in einer Umfrage auf den Grund zu gehen.»

Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft

Was muss sich ändern?

Als wir den Arbeitsmarkt unter die Lupe genommen haben, fand ich das Thema Qualifikation sehr spannend. Ich bin erschrocken, dass der Anteil der Geringqualifizierten an der Bevölkerung von 25 bis 64 Jahren 14,9% beträgt (Schweiz: 12,7%) und damit auf einem hohen Niveau liegt. Diese Personen haben nur die obligatorische Schulzeit absolviert, aber keine Lehre oder kein Studium abgeschlossen. Der Anstoss zu diesem Thema kam von der Stiftung Erwachsenenbildung.

Weiterbildung für Erwachsene ist also ein Punkt, den die Stiftung als wichtig erachtet im ihrem «Fokus Arbeitsmarkt». Reicht die finanzielle Unterstützung im Land aus?

Im Sinne einer Eigenverantwortung darf der Staat von den Arbeitnehmern einfordern, im Rahmen der individuellen Möglichkeiten so arbeitsmarktfähig wie möglich zu bleiben. Die Arbeitgeber sehen wir in der Pflicht, dafür die Möglichkeiten und den notwendigen Freiraum zu bieten. Und schliesslich sehen wir es als Aufgabe der öffentlichen Hand, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das oft zitierte «lebenslange Lernen» auch für breite Kreise möglich macht.

Ein auffälliger Punkt an den Zahlen im «Fokus Arbeitsmarkt» ist auch die niedrige Erwerbstätigenquote von Frauen...

Ja, die Quote liegt etwa zehn Prozentpunkte unter jener der Schweiz. Allerdings kennen wir die genauen Gründe dafür nicht. Man könnte vermuten, dass durch den hohen Wohlstand weniger Frauen in unserem Land arbeiten, weil es wirtschaftlich nicht notwendig ist. Andererseits ist die Anzahl der Arbeitsplätze in Liechtenstein sehr hoch und je weniger wir durch Einwohnerinnen und Einwohner besetzen, desto stärker ist die Wirtschaft auf Grenzgänger angewiesen. Die Erwerbstätigenquote ist übrigens auch bei Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern über 60 Jahren sehr niedrig, weil wir bis vor kurzem eine attraktive Lösung für den AHV-Vorbezug kannten und dadurch ältere Arbeitnehmende mit staatlichen Massnahmen aus dem Arbeitsleben «hinaus subventioniert» haben.

Liegt die niedrige Erwerbstätigenquote bei Frauen daran, dass sich Familie und Beruf in Liechtenstein nicht gut vereinbaren lassen?

Auch das ist möglich, aber wir wissen es nicht. Es wäre interessant, den Ursachen in einer Umfrage auf den Grund zu gehen.

Die Stiftung kommt auch zum Schluss,

STECKBRIEF

Name: Thomas Lorenz

Funktion: Geschäftsführer

Jahrgang: 1966

Karriere: Nach einer kaufmännischen Lehre absolvierte Thomas Lorenz eine Ausbildung zum Betriebsökonom HWV in St. Gallen. 1994 trat er als Mitarbeiter in die Stabsstelle Finanzen der Regierung ein, die er von 2004 bis 2015 leitete.

Privates: Lorenz ist verheiratet, Vater von drei Kindern und wohnt in Gamprin.

Das Unternehmen: Die gemeinnützige Stiftung Zukunft.li versteht sich als ein liberaler Think-tank für die Aufarbeitung von Themen aus der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für die nachhaltige Entwicklung und die Zukunftssicherung Liechtensteins relevant sind. Die Stiftung wirkt unabhängig und vertritt ein liberales Wirtschafts- und Gesellschaftsbild. Sie wird ausschliesslich mit privaten, transparent ausgewiesenen Mitteln finanziert und ist nicht gewinnorientiert. Die Stifter und Gönner lassen der Stiftung Zukunft.li jährliche Mittel von circa 900 000 Franken zukommen. Im Stiftungsrat sitzen Peter Eisenhut (Stiftungsratspräsident), Martin Batliner (Vizepräsident), Karin Frick, Peter Grünenfelder, Gerhard Schwarz und Arzu Tschütscher-Alanyurt.



dass das Arbeitsrecht nicht modern genug ist.

Die technischen Möglichkeiten lassen zunehmend neue Arbeitsformen zu. Das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht hinkt dieser Entwicklung jedoch hinterher. Wir sind auch nicht ganz frei in der Ausgestaltung, weil auch EU-Recht zum Tragen kommt. Wenn Pendler an ihrem Wohnort in einem gewissen Umfang im Homeoffice arbeiten, entsteht dort eine Versicherungspflicht. Vielen ist das wohl gar nicht bewusst und sie riskieren einen Konflikt mit dem Gesetz. Reformbedarf besteht auch im Bereich der Flexibilisierung von Arbeitszeiten.

Thomas Lorenz ist seit vier Jahren Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li. Er zieht Bilanz über seine Arbeit und erklärt, welche Lösungen die Stiftung für die grössten Zukunftsprobleme des Landes vorschlägt.
Bilder: Tatjana Schnalzger



Was wäre Ihrer Ansicht nach ein konkreter und moderner Ansatz bei den Arbeitszeiten?

Vor allem jüngere Arbeitnehmende haben teilweise andere Vorstellungen, wie und wann sie arbeiten möchten. Wir finden, es ist Zeit für eine Flexibilisierung. Wenn dies im gegenseitigen Interesse von Arbeitnehmer und -geber ist, dann sollten gesetzliche Regeln solche Lösungen nicht verhindern.

Wer bremst dabei stärker – die Politik oder die Wirtschaft?

Das ist eine gute Frage. Ich glaube, das Thema steht noch nicht weit genug oben auf der Prioritätenliste – bis jetzt.

In der ersten Studie nach der Gründung 2014 beschäftigte sich die Stiftung nicht mit dem Arbeitsmarkt, sondern dem Finanzausgleich der Gemeinden. Warum stand ausgerechnet dieses Thema ganz oben auf der Agenda?

Ich konnte bei diesem Thema meine Erfahrungen aufgrund meiner vorherigen Tätigkeit einbringen. Es war auch spannend, ein System, das ich über Jahre selbst mitgestaltet hatte, aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Mit den heutigen Regelungen verschieben wir einerseits Finanzreserven vom Land zu den Gemeinden und schiessen so über den eigentlichen Zweck des Finanzausgleichsgesetzes hinaus. Auf der anderen Seite sind die Unterschiede zwischen den Gemeinden bei der Steuerkraft sehr gross. Wir sind der Meinung, dass diese Schere zwischen den Gemeinden nicht immer weiter auseinandergehen darf und das jetzige System nur den Frieden wahrt, indem man genug Geld fliessen lässt. Das ist ein sehr teurer Ansatz.

Was wäre stattdessen Ihr Vorschlag?

Ein erster Schritt wäre die Einführung eines «horizontalen Finanzausgleichs». Bis anhin fliessen Finanzausgleichsmittel nur vertikal, also vom Land zu den Gemeinden. Sehr finanzkräftige Gemeinden – also Vaduz und Schaan in erster Linie – würden einen Teil ihrer hohen Steuerkraft abgeben. Da diese nicht ausschliesslich mit der Wirtschaftspolitik der Gemeinden begründet werden kann, sind wir der Meinung, dass ein gewisses Mass an Solidarität einverlangt werden darf. Oft wird auch kritisiert, dass Schaan und Vaduz zu viel Geld hätten. Andererseits ist es wichtig, zu sehen, dass der Gesetzgeber diese Gemeinden faktisch zu Überschüssen zwingt, denn der Gemeindesteuerzuschlag muss gesetzlich mindestens 150 betragen. In diesen Gemeinden nehmen wir den Steuerzahlern also viel mehr Geld aus der Tasche als notwendig. Das kann es doch nicht sein! Wenn man die Debatten im Landtag verfolgt, stellt man fest, dass fast alle Handlungsbedarf erkennen, aber noch keine mehrheitsfähige Vorstellung über das «Was und Wie» vorhanden sind. Ich hoffe, dass hier im Sinne der Steuerzahler bald ein Schritt getan wird...

Gäbe es ohne Gemeindesteuerzuschlag nicht einen schädlichen Steuerwettbewerb im Land?

Wir sprechen nicht von einer Abschaffung, aber von einer Flexibilisierung. Und nein, das glaube ich nicht. Wir haben über einen längeren Zeitraum untersucht, ob unterschiedliche Gemeindesteuerzuschläge zu einer Verschiebung des Steuersubstrats geführt haben. Dies lässt sich nicht nachweisen.

Eine Abschlussfrage: Welches Projekt steht für das Jahr 2019 an?

Wir werden Ende März eine Studie zur Raumentwicklung in Liechtenstein präsentieren, die sich mit der Raumplanung, dem Bodenmarkt und mit Fragen zum Verkehr beschäftigt.